Nr. 109. Freitag, 7. März 1919. — Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags und nach Feiertagen nur einmal.
Bezugspreis: monatlich ℳ 2,60 vierteljährlich ℳ 7,80 frei ins Haus.
Einzelnummer in der Expedition, in den Filialen und bei den Straßenhändlern 10 ₰.
Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 4,—.
Buchhandlung: Erdgeschoß Buchdruckerei-Kontor I. Stock. Fehlandstr. 11.

Redaktion: Fehlandstraße 11. I. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11. Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur Karl Petersion in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 35 ₰ zuzüglich Teuerungszuschlag von 20%. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11. Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 8 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen.

Abbruch der Verhandlungen in Spaa.

Aus Berlin wird telegraphisch gemeldet:

WTB. Die in Spaa geführten Verhandlungen über die Lebensmittelversorgung Deutschlands, die Auslieferung der Handelsflotte und die damit in Zusammenhang stehenden finanziellen Vereinbarungen sind abgebrochen worden, nachdem die Alliierten auf der sofortigen Auslieferung der deutschen Handelsflotte bestanden, ohne bindende Verpflichtung für die Lebensmittelversorgung Deutschlands bis zur nächsten Ernte zu übernehmen.

Deutschlands Lage ist zum Verzweifeln. Es kann und will nicht mehr Krieg führen, es verlangt nach Ruhe und Frieden, es will arbeiten, um die furchtbaren Schäden des Krieges zu heilen; es will, so viel in seinen Kräften steht, auch anderen Völkern helfen; es will vor allem die Verbrechen sühnen, die von seinen früheren Machthabern verübt worden sind. Aber die Machthaber der heute siegreichen Länder des Westens machen sich nun selbst der ärgsten Verbrechen an diesem wehrlosen, friedensbereiten Deutschland schuldig, indem sie ihm — ein grausamer Hohn auf ihre so oft verkündigte Gerechtigkeitsliebe — die Mittel zur Arbeit wie zum Leben verweigern und die Hungerblockade, die an sich schon ein mindestens ebenso scheußliches Kriegsmittel wie der U-Bootkrieg war, auf unabsehbare Zeit fortsetzen wollen. Es genügt diesen siegreichen Machthabern nicht, daß Deutschland sein bestes und wertvollstes Eisenbahnmaterial ausgeliefert hat; es genügt ihnen nicht, daß unsere Schiffe zur Verfügung gestellt wurden, um dem Schiffsraummangel in den Welthäfen abzuhelfen. Sie verlangen die bedingungslose Auslieferung aller deutschen Handelsschiffe auf die unbestimmte Zusage hin, daß dann Deutschland einmal mit gewissen Lebensmittelzufuhren versehen werden soll. Eine Verpflichtung, uns ausreichend zu versorgen, übernehmen sie nicht. Es ist klar, daß wir dabei Gefahr laufen würden, unsere Schiffe gänzlich loszuwerden, und dann erst recht vor dem Nichts zu stehen.

Wie schlimm sich bei Fortdauer der Hungerblockade — die nach der Einstellung der Feindseligkeiten zu Wasser und zu Lande nur noch eine brutale Vergewaltigung ist — unsere Ernährungsverhältnisse in den nächsten Monaten bis zur Ernte gestalten müssen, das ist den verantwortlichen Stellen im republikanischen Deutschland nur zu gut bekannt. Die von den Mehrheitsparteien ausgehende Interpellation in der Nationalversammlung: was die Regierung zu tun gedenkt, um die Ernährung des deutschen Volkes sicherzustellen, redet eine deutliche Sprache. Denn die Antwort liegt auf der Hand: die greifbaren Vorräte reichen nicht aus, um uns bis zur nächsten Ernte selbst zu ernähren. Wir müssen Lebensmittel aus dem Ausland erhalten oder wir müssen verhungern. Das ist die schreckliche Alternative, vor der wir stehen. Einsichtigen Beurteilern unserer Lage kann das nicht verborgen bleiben, auch wenn sie im Dienst des feindlichen Auslandes stehen. So schrieb der Londoner „Daily Telegraph" vom 1. März über die Lage Deutschlands:

„Es ist schwer, den Ernst der Lage zu übertreiben, denn in ihr scheint jedes Element kommenden Ruins enthalten zu sein. Deutschland ist von inneren Gefahren sowohl wie von äußeren bedroht. Sein innerer Zustand bedeutet Bankerott und bevorstehende Hungersnot. Nach außen ist es, obwohl die Feinde im eigenen Hause sitzen, durch die wachsende Macht der Spartakiden gefährdet, die im Verhältnis zu den Hungerzuständen an Stärke gewinnen können. Das ist ein Punkt, der nicht oft und nicht ernsthaft genug betont werden kann, wenn man das deutsche Problem, das wir einfach von unserm eigenen und dem alliierten Standpunkt aus betrachten, in Behandlung nimmt. Wir wissen aus den Meldungen unseres außergewöhnlich gut unterrichteten Berichterstatters, daß der Preis aller Eßwaren erschreckend hoch ist, und daß in vielen Fällen eßbare Dinge überhaupt nicht zu haben sind. Der Kartoffelvorrat, von dem die Bevölkerung zum größten Teil abhängt, wird wahrscheinlich im April zu Ende gehen. Die Ernteaussichten sind überaus schlecht wegen des Mangels an Dünger für den Boden. Das Vieh wird in einem armseligen, abgemagerten Zustand geschlachtet, Fett und Speck fehlen allgemein, die Fabrikation leidet unter Arbeitermangel und Rohstoffmangel, Streiks sind zahlreich und ernsthaft, während die Zahl der Arbeitslosen sich ständig vermehrt. Vor allem aber ist die Wirkung der Markentwertung übers ganze Land hin fühlbar, und sie ist ein überzeugender Grund dafür, warum deutsche Erzeuger nicht imstande sind, eine größere Nachfrage zu erzielen. Die meisten dieser beklagenswerten Verhältnisse sind auf verschiedene erkennbare Gründe zurückzuführen. Deutschland wird langsam gewahr, daß es ruiniert ist, und eine Art stumpfer Apathie, einer beinahe düsteren Gleichgültigkeit, ist jetzt einem Gefühl ausgesprochener und allgemeiner Verzweiflung gewichen. Hier ist die Stelle, wo das Allgemeininteresse der Verbandsmächte hauptsächlich in Frage kommt. Die einfache absolute Wahrheit ist, daß Deutschland, wenn es infolge seiner Entblößung von allen Hilfsquellen vor sich nichts anderes sieht als allgemeine Aushungerung, die natürliche und unausbleibliche Beute all der anarchischen Kräfte wird, die überall in seinen Gebieten sich zeigen. Die Berichte unseres Vertreters, der auf Grund neuerer Beobachtungen in Deutschland mit Zuständigkeit schreibt, enthüllen mit erschreckender Deutlichkeit eine große, hervorstechende Tatsache, daß es nämlich, wenn wir nicht handeln und sofort handeln, kein Deutschland mehr geben wird, mit dem wir verhandeln können. Die Ebertsche Regierung muß unterstützt werden, nicht wegen irgendeines Vorzugs, der ihr innewohnt, sondern weil sie, wie es den Anschein hat, in gewisser Weise die Wünsche der Bevölkerung darstellt und vor allem ein Versuch in der Richtung ist, Ordnung und Disziplin zu halten. Wenn sie verschwindet, dann wird aus Deutschland ein zweites Rußland, das ein neues und furchtbares Problem zu den mannigfachen schweren Problemen hinzufügt, die die Friedenskonferenz schon vor sich sieht. Wir können die Lage nicht so lassen, als ob sie uns gar nichts anginge. Aber was muß geschehen? Es ist klar, daß das einzige, was geschehen kann, darin besteht, daß die Verbandsmächte Berlin in der direktesten und wirksamsten Weise helfen, indem sie der Bevölkerung eine gewisse Menge Nahrungsmittel geben. Wir können nicht das ganze Land verhungern lassen, aus verschiedenen Gründen nicht, und vor allem aus dem einen Grunde nicht, weil Hungersnot der große Helfer der Anarchie ist. Das Ziel, das wir im Auge haben, ist von solch zwingender Notwendigkeit, daß alle andern Erwägungen dahinter verschwinden müssen. Alle Nationen sehnen sich nach Frieden, den sie in ihrer Hoffnungsfreudigkeit in einigen Wochen kommen sehen; aber um den Frieden sichern zu können, müssen wir die Möglichkeit haben, mit unserem ehemaligen Feind zur Verständigung zu gelangen. Es muß in Deutschland irgendeine Stelle geben, die fähig ist, den Frieden zu unterzeichnen. Augenblicklich ist die Aussicht im höchsten Grade beängstigend und hoffnungslos. Die Regierung scheint ihrem Falle zuzutreiben, das Land steht am Rande einer weitreichenden Hungersnot. Die melancholischste Seite der Lage ist vielleicht, daß man in Berlin, der Stadt der Gegensätze, wie verrückt von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens tanzt, in einer Stimmung gräßlicher Frivolität, die nur den Zweck hat, das tragische Düster einer beinahe universalen Verzweiflung zu verbergen.

Auf die Vertreter der Verbandsmächte in Spaa hat diese ebenso eindringliche wie erschütternde Schilderung des deutschen Elends offenbar keinen Eindruck gemacht. Sonst hätten sie es nicht auf einen Abbruch der Verhandlungen ankommen lassen. Für die deutschen Vertreter aber war mit der Weigerung der Alliierten, sich für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu verpflichten, jedenfalls der Punkt erreicht, wo der allzu straff gespannte Bogen zerspringen mußte. Bekommen wir nicht die Gewißheit einer ausreichenden Nahrungsversorgung, dann verlieren die Friedensverhandlungen jeden Wert für uns. Dann bleibt unseren Vertretern nur übrig, genau so zu handeln, wie die russischen Unterhändler in Brest-Litowsk unter noch lange nicht so schlimmen Umständen handelten: dann müssen sie den Westmächten die Verantwortung für alles, was kommt, allein überlassen. Dann muß Deutschland, obwohl es nach seiner inneren Erneuerung mit allen Völkern wieder im friedlichen Verkehr leben wollte, sich mit dem bolschewistischen Rußland verbünden und muß es darauf ankommen lassen, ob die französischen, belgischen, englischen und amerikanischen Arbeiter und Soldaten sich zum Vernichtungskampf gegen uns mißbrauchen lassen.

Die Verantwortung, die damit auf die Völker des Westens gelegt wird, ist eine wahrhaft furchtbare. Wir zweifeln nicht, daß die Sozialisten dieser Länder die Vergewaltigungssucht ihrer herrschenden Klassen ebenso entschieden bekämpfen werden, wie wir es vor Jahresfrist in Deutschland getan haben, als unsere Machthaber von damals blindlings ihre Gewalt mißbrauchten, um dem russischen Volk die Grube zu graben, in die wir selbst nun gefallen sind. Und wenn es den Sozialisten der westlichen Länder ebenso wenig wie uns damals gelingen sollte, das Verhängnis aufzuhalten, so bleibt uns noch das Vertrauen auf die unerbittliche Gerechtigkeit der Geschichte, die sich früher oder später auch an den Welträubern der Westmächte erfüllen muß.

Inzwischen aber dürfen wir nicht mit russischer Apathie das Verhängnis über uns hereinbrechen lassen, sondern müssen uns dagegen wehren mit aller Kraft und mit aller Entschlossenheit, die wir noch aufbringen können. Das spartakistische Treiben, wie es sich gegenwärtig in Deutschland austobt, bleibt Wahnsinn, auch wenn der nächste Lauf der Dinge die bolschewistische Theorie von der Weltrevolution als richtig erweisen sollte. Denn gerade dann, wenn der Völkerfriede durch keine Wilsonsche Beschwörungsformel hergestellt werden kann, weil die Macht der kapitalistischen Herrenklasse in den Ländern des Westens noch zu stark ist, kann der Friede durch die proletarischen Massen aller Länder nur herbeigeführt werden, wenn diese Massen unter sich einig und geschlossen dastehen. Wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß diese Erkenntnis bei Eintritt der höchsten Not zur Wiederherstellung der proletarischen Einigkeit auch bei uns führen wird. Wir hoffen dies um so mehr, weil schon jetzt auf dem Parteitag der Unabhängigen sich gewisse Ernüchterungsanzeichen bemerkbar gemacht haben, und weil auch im spartakistischen Lager je länger desto mehr die Notwendigkeit empfunden werden muß, den rein geistigen Gehalt dieser Bewegung von der ständigen Berührung mit dem reinen Verbrechertum zu scheiden. Es könnte sich so gerade durch das ungeheure Verbrechen, das der Imperialismus der Westmächte jetzt an der Menschheit zu verüben im Begriffe steht, im größten Maßstabe noch einmal das Wort erfüllen, daß die Kraft, die das Böse will, doch das Gute schafft.

Der Parteitag der Unabhängigen.

Aus der Rede des Hamburger Vertreters Bergmann in der Mittwoch-Sitzung, über die wir schon einen kurzen telegraphischen Bericht brachten, tragen wir noch nach: Die Masse draußen ist sich darüber einig, daß die Arbeiterschaft solange nichts erreichen kann, wie sie zersplittert ist. Es sind unverantwortliche Schlagworte, wenn von Einigungsgeschrei gesprochen worden ist. (Großer Lärm.) Wer Verantwortungsgefühl hat, darf so nicht sprechen! (Großer Lärm.) Man darf nicht nur starke Trennungsstriche nach rechts ziehen, man muß auch die Grenzen nach links abstechen. Ich habe aus der Diskussion vielfach den Eindruck gehabt, daß gerade die Radikalen eine geradezu kindische Angst davor haben, nach links anzuecken. (Stürmischer Widerspruch.) In Hamburg haben die Linksradikalen den Generalstreik beschlossen. Dabei machten sie Anstalten, die Druckerei unseres Blattes zu demolieren. Das linksradikale Blatt erschien auch während des Generalstreiks. (Stürmische Unterbrechungen.) Sie können schreien soviel Sie wollen, Sie schaffen damit nicht die Tatsachen aus der Welt! Ich habe immer erlebt, daß hinter den größten Schreiern das Wenigste steckt. Man vergißt zu leicht, daß es in Deutschland auch noch andere Machtfaktoren gibt, mit denen jeder Politiker rechnen muß. Die meisten Arbeiter- und Soldatenräte sind heruntergesunken zu Diskussionsklubs letzter Sorte. (Starker Lärm.) Sie können lärmen, soviel Sie wollen! Ich bin nicht nach Berlin geschickt worden, damit ich mir Ihren Beifall erwerbe. (Während dieser ganzen Ausführungen dauert der Lärm fort.) Wie stellen sich die verschiedenen Redner, die hier so radikale Forderungen erhoben haben, eigentlich die Verwirklichung dieser Forderungen vor? Darüber haben uns alle Redner im Unklaren gelassen. Breitscheid hat unter anderem die Vergesellschaftlichung der Groß-Banken gefordert. Das ist leicht gesagt. Wer aber das Bankwesen kennt, der ist mit diesen Dingen nicht so leicht fertig. Genau so steht es mit der Forderung der Annullierung der Kriegsanleihe. (Lärm und Widerspruch.)

Nach Bergmann sprachen Neumann-Adlershof und Berg-Wilhelmshaven in ähnlichem Sinne. Neumann sagte: Wir haben es versäumt, unsere Parteigenossen darüber aufzuklären, was zu tun sei, wenn wir einmal die politische Macht erlangt haben würden. Auch die Unabhängigen sind um diese Frage herumgegangen, wie die Katze um den heißen Brei. Die Vorschläge, die wir jetzt über die Sozialisierung hören, zeigen meistens Anklänge an die Praxis des Dr. Eisenbart. Es liegt bei uns genau so wie in Rußland, wo das Proletariat mit dem Eintritt der Revolution auch nicht der Sachlage gewachsen war. Wir müssen alles tun, um die Arbeiterschaft einzuführen in die komplizierte Welt der Produktion.

Berg erklärte, der Wert des Rätesystems liege mehr auf wirtschaftlichem Gebiet als auf dem politischen. (Ganz unsere Meinung! Red. d. „Echo".) Ueber kurz oder lang werde man noch nicht zum reinen Rätesystem kommen, auch nicht durch den Generalstreik.

Dann sprachen noch Frau Zietz, Dittmann, Dr. Herz-Altona und zahlreiche andere Redner. Gegen Schluß der Sitzung spitzte sich die Debatte hauptsächlich auf Angriffe gegen Haase wegen dessen Tätigkeit in der Regierung zu.

Gabriel-Konstanz hält Haase folgendes vor: Eine Anzahl politischer Flüchtlinge und Deserteure hatten sich von der Schweiz aus an den Genossen Haase mit der Bitte gewandt, er möge dafür sorgen, daß ihnen die Einreise nach Deutschland gestattet werde. Nach 18 Tagen traf die Antwort von Haase ein, daß er „die Angelegenheit dem Kriegsministerium übergeben" habe. (Hier springt Haase auf und ruft erregt: „Das ist eine Unwahrheit!") Der Redner erwidert, er habe den angeführten Brief Haases in den Händen. Der Brief trage Haases Unterschrift.

Auf Antrag Adolf Hoffmanns erhält Haase sofort das Wort zur Erwiderung.

Haase: Ich habe vom ersten Augenblick meiner Tätigkeit in der Regierung an auf den Erlaß einer umfassenden Amnestie hingewirkt. Es ist mir auch gelungen, dies zu erreichen. Der Amnestieerlaß erging. Ich erhielt nun vielfach Nachrichten aus der Schweiz, die dahin gingen, daß die Grenzbehörden im Widerspruch zu dem Amnestieerlaß öfters deutsche Flüchtlinge und Deserteure auf deutschem Boden verhaften ließen. Unter den Eingängen dieser Art befand sich auch das von Gabriel angeführte Schreiben der betreffenden Flüchtlinge. Ich habe auf dieses Schreiben hin das Kriegsministerium beauftragt, daß es die Grenzbehörden, die den Amnestieerlaß nicht respektieren, zur strikten Einhaltung dieses Erlasses anweist. Als ich mich überzeugt hatte, daß das geschehen sei, habe ich an die Flüchtlinge, die sich an mich gewandt hatten, den erwähnten Brief geschrieben. Ich muß mich dagegen verwahren, daß die Sache hier so dargestellt wird, als habe ich das Gesuch dieser Flüchtlinge dem Kriegsministerium übergeben. Wer meinem Briefe eine andere Deutung gibt, der hat es allemal mit mir zu tun! Das Gesuch der in Rede stehenden Flüchtlinge war allerdings noch dahin erweitert worden, daß ihnen aus Reichsmitteln eine Unterstützung gewährt werde, mit denen sie sich in Deutschland eine neue Existenz aufbauen könnten. Das mußte abgelehnt werden. (Lebhafter Beifall.)

Aus der Donnerstagssitzung geht uns folgender telephonischer Bericht zu:

In der heutigen Sitzung des unabhängigen Parteitages ergriff als Gast ein Vertreter der sozialistischen Partei Lettlands, namens Seidenberg, Kallin, das Wort. Er wandte sich scharf gegen das Verhalten der dort jetzt stationierten deutschen Freiwilligentruppen und der lettischen Landeswehr, die aus Junkersöhnen bestehe, und auch die deutschen Truppen würden zu reaktionären Zwecken mißbraucht. Alle bürgerlichen Freiheiten seien aufgehoben, und dabei habe Winnig mitgeholfen. Dann aber sprach Seidenberg sehr scharf gegen das Rätesystem, mit dem man in Lettland sehr schlechte Erfahrungen gemacht habe. Man habe von ihnen recht wenig sozialistische Taten erlebt. Auch die kommunistische Regierung habe Lettland nur Nachteile gebracht. Nach den dortigen Wahrnehmungen wäre es falsch, das Rätesystem als ein Mittel zur Herbeiführung des Sozialismus anzusehen.

Das Schlußwort zur Programmresolution erhielt dann zunächst Däumig, der u. a. es als einen schweren Fehler erklärte, daß man gerade die erklärten Gegner des Bolschewismus, wie Kautsky und Bernstein nach Bern gesandt habe. Das zweite Schlußwort sprach Haase. Ueber die russische Geldaffäre erklärte er: Der Parteivorstand hat die Annahme der von Joffé besprochenen ℳ 100 000 abgelehnt, und zwar, weil es nicht Parteigelder, sondern Staatsgelder waren. Von bürgerlichen Pazifisten waren uns zum Dank für unsere Haltung im Kriege einige Millionen geboten worden. Auch das haben wir abgelehnt, weil wir von keiner bürgerlichen Seite Geld nehmen können. Die Russen boten uns ferner 50 Waggons Getreide an, deren Annahme wir ebenfalls ablehnten, und zwar, weil unsere russischen Brüder selber in trauriger Lage sind.

Streikbewegung und Straßenkämpfe.

Neuer Aufruhr in Berlin.

WTB. meldet vom 6. März: Seit Mitternacht spielten sich schwere Kämpfe um das Polizeipräsidium ab. Die Spartakisten feuerten mit Maschinengewehren und Artillerie, so daß das Gebäude stark beschädigt wurde. Eine Verbindung mit dem Polizeipräsidium ist unmöglich, da alle Zugangsstraßen von den Spartakisten besetzt und die Telephonleitungen zerschnitten sind. Außer der Volksmarinedivision und einem Teil der republikanischen Soldatenwehr gingen auch Teile zweier Regimenter zu den Aufrührern über. Die nächtlichen Kämpfe sollen bisher acht Tote und eine erhebliche Anzahl Verwundeter gekostet haben. Die Beamten des Polizeipräsidiums, die früh ihren Dienst antreten wollten, mußten unverrichteter Sache wieder umkehren.

*

Ueber die Kämpfe um das Polizeipräsidium berichten die „P. P. N." vom Donnerstag: Heute nacht, etwa gegen 2 Uhr, haben Teile der Volksmarine-Division und der republikanischen Soldatenwehr, etwa 1000 Mann, mit der Belagerung des Polizeipräsidiums begonnen. Dabei verwendeten sie auch Geschütze. Das Feuer hielt bis heute vormittag an. Die Beschießung verlief ohne besonderen Erfolg. Den Aufständischen ist es nicht gelungen, in das Polizeipräsidium einzudringen. Mit Artillerie wurde auch die Stadtvogtei beschossen, deren Dach und obere Stockwerke demoliert wurden. Dabei gelang es etwa 20 Gefangenen, frei zu werden, von denen aber ein Teil durch Einschläge auf der Flucht getötet wurden. Die Aufrührer sind im Besitz von 8 Geschützen und 2 Panzerautomobilen. Als Grund für ihr Vorgehen gegen das Polizeipräsidium geben sie die Besetzung des Präsidiums durch freiwillige Truppen an, doch dürfte der wahre Grund sein, sich Waffen aus dem Polizeipräsidium zu beschaffen, da die Volksmarine-Division und die republikanische Soldatenwehr, soweit sie aufständisch sind, an Zivilisten Waffen verteilen.

In Berlin wird das falsche Gerücht verbreitet, daß der Kommandant Klabunde der Volksmarine-Division und der republikanischen Soldatenwehr den Befehl gegeben habe, gegen die Regierungstruppen zu kämpfen. Das ist eine Lüge. Auf Veranlassung des Kommandanten wurde gestern und vorgestern die Säuberung des Alexanderplatzes vorgenommen. — Die „P. P. N." dementieren ferner kategorisch das in Berlin ausgesprengte Gerücht, daß eine Koalitionsregierung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen in Sicht sei. Zur Stunde, nach 5 Uhr nachmittags, hört man ab und zu in der Ferne immer noch Detonationen, die Kanonenschüsse sein können.

Die paritätische Abordnung der Berliner Streikleitung ist in Weimar noch nicht eingetroffen. Kein Mensch weiß, wo sie geblieben ist. Sie ist im Auto gereist, möglicherweise ist durch eine Panne eine Verzögerung eingetreten.

*

Der Generalstreik in Leipzig

dauert fort, doch sollen am Donnerstag, wie verlautet, zu seiner Beilegung Verhandlungen zwischen dem Volksbeauftragten Schwarz und dem A.- und S.-Rat Leipzig begonnen haben. Ein Verlassen der Stadt ist unmöglich, da keine Ausweise nach auswärts ausgestellt werden. Auch Automobile und andere Beförderungsmittel dürfen Leipzig nicht verlassen. Die Landstraßen werden von der Volkswehr streng bewacht. In zwischen dem Volksbeauftragten Schwarz, dem Bergbaulichen Verein, dem A.- und S.-Rat Borna und der Verbandsleitung der Berg- und Metallarbeiter stattgehabten Verhandlungen wurde eine völlige Einigung bezüglich der Einsetzung von Betriebsräten im Bornaer Kohlenrevier erzielt. Die Arbeit wird deshalb auf sämtlichen Gruben des Bornaer Reviers wieder aufgenommen. Die Beteiligung an dem politischen Generalstreik lehnten die Bergarbeiter durch Abstimmung ab.

Auch in den ostthüringischen Städten sprach sich die Arbeiterschaft durchweg gegen den Generalstreik aus. In Westthüringen flaut der Streik nach den vorliegenden Meldungen ab. In Erfurt löste sich der Generalstreik in Teilausstände auf. Der Altenburger Kreis hat die Arbeit wieder aufgenommen. In Gotha herrscht nur noch ein Teilstreik. Vorläufig sind die Drahtverbindungen zwischen Erfurt und Südthüringen gestört. Eine am 6. März in Weimar angesetzte thüringische Regierungskonferenz mußte verschoben werden.

*

Ein neuer Bergarbeiterstreik

wurde in Oberschlesien ausgerufen. Die Bergleute fordern die Entfernung des deutschen Grenzschutzes, die Aufhebung des Belagerungszustandes, Entfernung der Offiziere, der Studentenschaft und die Errichtung der polnischen Schutzwehr. Bei der Frühschicht fehlte die Belegschaft von zehn Gruben.

Politische Nachrichten.

Kundgebung der deutschen Schweizer gegen die Aushungerungsblockade.

Dreißig größere Schweizervereinigungen im Deutschen Reich haben einer Kundgebung der Schweizer Kolonie in München zugestimmt, worin es heißt:

„Die in Deutschland ansässigen Schweizerbürger sind mitleidende Zeugen des schrecklichen Druckes und des „unaussprechbaren Schadens", den die Hungerblockade im ganzen Lande, in allen Bevölkerungskreisen, namentlich aber unter alten Leuten, Frauen, Kindern und Kranken angerichtet hat und täglich im Gleichschritt mit der steng zunehmenden Sterblichkeit noch anrichtet. 800 000 Todesopfer werden von sachverständiger Seite dieser Kriegführung gegen Wehr- und Waffenlose zur Last gelegt und man sollte meinen, daß, seitdem Deutschland ein Waffenstillstand zu „Wasser, Luft und Lande" auferlegt worden ist, der jeden weiteren militärischen Widerstand als absolute Unmöglichkeit erscheinen läßt, auch die furchtbare Waffe der Aushungerung ihre würgende Tätigkeit einstellen und sich dem Stillstand der blanken Waffen anschließen dürfte. An die Ostgrenze Deutschlands brandet zudem die Wogen des Bolschewismus und drohen von dort aus nicht nur das Reich, sondern ganz Westeuropa zu überfluten. Nur in blutigem Kampf ist es gelungen, das erste jähe Aufbäumen dieser dunkeln Gewalten niederzuringen. Wenn aber diese Elemente neuerdings aufgestachelt und zügellos werden und mit ihnen, vom Hunger zur Verzweiflung getrieben, das ganze nach Brot schreiende Volk, so droht eine Katastrophe, die der russischen kaum nachstehen, die aber auch, allen militärischen Sicherungen zum Trotz, an der Rheingrenze keineswegs Halt machen wird. Bereits erheben sich in Amerika, England, Frankreich und Italien gemäßigte und humane Stimmen, die in logischer Erkenntnis von Ursache und Wirkung die Ueberzeugung vertreten, daß der Bolschewismus weniger mit Waffengewalt, denn mit Nahrungsmitteln bekämpft und niedergehalten werden muß. Man kann nicht wohl verlangen, daß der hungrige Magen sich beruhige, bevor man ihm die vorenthaltene Nahrung wiedergibt. Ebensowenig kann man fordern, daß in Deutschland geordnete Verhältnisse eintreten, bevor nicht die Hauptursache aller Unordnung, die tatsächlich bereits vorhandene Hungersnot, gemildert ist. Not und Hunger kennen weder Vernunft noch Gesetz!

Wir Schweizer in Deutschland sind neutrale aber mitbetroffene und deshalb auch nicht urteilslose Zeugen dieser einer Katastrophe immer schneller zudrängenden Notlage des deutschen Volkes, und deshalb richten wir einerseits an unsere Landsleute in allen deutschen Gauen die Bitte, sich unserem öffentlichen Einspruch gegen die Verlängerung oder gar Verschärfung der Hungerblockade durch sofortige Kundgebungen anzuschließen, anderseits ist beabsichtigt, dem h. Bundesrat dieses einwandfreie, weil auf eigenen Leiden beruhende Zeugnis, bevor es zu spät ist, zur Kenntnis zu bringen, zugleich aber auch die erforderlichen Schritte einzuleiten, daß die Schweizer Kolonien Deutschlands in einer der Schweiz zweifellos zustehenden Weise im Wege einer Hilfsaktion ausgiebig mit Lebensmitteln versehen werden.

Die Lage in Leipzig

bildete am Donnerstag den Gegenstand einer Interpellationsverhandlung in der sächsischen Volkskammer. Der Minister des Innern führte u. a. aus: Es herrsche in Leipzig ein Zustand, der jeder Beschreibung spotte. Nach den ihm zugegangenen Mitteilungen stocke in Leipzig die Lebensmittelzufuhr gänzlich. Auch die Regierung bedauere, daß in Leipzig die Preßfreiheit geknebelt würde. Es gebe nur zwei Möglichkeiten, um eine Gesundung herbeizuführen. Der eine Weg sei der der Verhandlungen, der andere der der Macht. Die Regierung betrachte es als ihre Aufgabe, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um auf gütlichem Wege ihr Ziel zu erreichen. Leider erklärte sich der Leipziger A.- und S.-Rat bis heute noch nicht bereit, in Verhandlungen einzutreten. Wenn gar nichts mehr helfe, dann müsse auch für Leipzig der Weg der Macht beschritten werden dadurch, daß Leipzig eine militärische Besatzung von auswärts erhalte. Er möchte aber Leipzig gern vor einem Bürgerkrieg bewahren. Nur deshalb zögere die Regierung noch mit einem militärischen Eingreifen.

Die Verpflegungsfrage Oesterreichs auf der Friedenskonferenz.

Ein Funkspruch des französischen Pressedienstes aus Paris, aufgenommen von der hiesigen Seewarte, meldet: Der Zehner-Rat beschäftigte sich am Mittwoch des längeren mit der Verpflegungsfrage Oesterreich-Ungarns. Das „Petit Journal" gibt folgende Mitteilungen hierüber: „Augenblicklich beträgt die Verpflegung Oesterreich-Ungarns durch die Alliierten täglich eine Sendung von 900 Tonnen Lebensmitteln, die nicht nur auf die alte Doppelmonarchie, sondern auch auf die jetzt von ihr losgetrennten Staaten verteilt werden, wie Tschecho-Slowakien. Notwendig wären jedoch 3000 Tonnen Lebensmittel täglich. Der Rat versucht deshalb, Mittel und Wege zu finden, die den Interessenten diese 3000 Tonnen sichern, und zugleich Bedingungen aufzustellen, die dagegen Oesterreich-Ungarn auferlegt werden könnten."